

70 JAHRE NACH ENDE DES ZWEITEN WELTKRIEGS: JAPAN TUT SICH SCHWER MIT SEINER VERGANGENHEIT

Krieg und Frieden auf Japanisch

VON FELIX LILL, TOKIO

Es tut ihm leid. Im Namen seiner Nation tut es ihm leid. Das ist die zentrale Aussage in Shinzo Abes Rede, die er am Freitag in Tokio verlesen hat. Am Vorabend des 70. Jahrestages der japanischen Kapitulation im Zweiten Weltkrieg hat der Premierminister sein Land zur unangenehmen Kriegsvergangenheit positioniert. Das autoritär regierte Kaiserreich Japan, im Zweiten Weltkrieg verbündet mit Deutschlands Nationalsozialisten und Italiens Faschisten, hatte damals auf brutale Weise nahezu den gesamten Pazifikraum unterworfen. Weil die führenden japanischen Politiker in den Nachkriegsjahrzehnten sehr häufig verharmlosend über diese Zeit gesprochen hatten, war über das jetzige Statement von Abe schon seit Monaten spekuliert worden.

Und entgegen allen Befürchtungen hat der Premier in seiner Rede zumindest jene Schlüsselwörter aufgesagt, auf die man in Peking, Seoul und anderswo dringlichst erwartet hatte: „innige Entschuldigung“, „tiefe Trauer“ und „Aggression“. Im Vergleich zur Rede des seinerzeitigen Ministerpräsidenten Tomiichi Murayama, der zum 50. Jahrestag der Kapitulation im Jahr 1995 erstmals derartige Begriffe verwendet hatte, ist Abes Rede aber deutlich länger ausgefallen. Er hat darin ausführlich den Weg Japans in den Krieg beschrieben.

Anders als sein Vorgänger hat Abe auch einige der Nationen konkret benannt, die damals von Japans Armee angegriffen oder kolonisiert worden waren: China, Korea, Indonesien, Taiwan, die Philippinen. Zudem hat er unmissverständlich zugegeben: „Unschuldigen Menschen hat Japan unermesslichen Schaden und Leid angetan.“ Und kurz darauf: „Wiederholt hat Japan seine Gefühle tiefer Reue und einer innigen Entschuldigung für seine Taten während des Krieges ausgedrückt.“ Daran sei auch in der Zukunft „nicht zu rütteln“.

Allerdings hat Abe es auch tunlichst vermieden, bei heiklen Themen konkret zu werden. Lange vor seiner Zeit als Premierminister hatte er sogar schon einmal die Schuld Japans grundsätzlich infrage gestellt. Und zur Frage der Entschuldigung hatte er gesagt: „Die Nachkriegsgenerationen machen heute mehr als 80 Prozent der Bevölkerung aus. Wir dürfen unsere Kinder, Enkelkinder und zukünftige Generationen, die mit dem Krieg nichts zu tun haben, nicht zu weiteren Entschuldigungen verpflichten.“ Gleichzeitig hatte er aber auch betont, dass sein Land – das den Pazifismus in seiner Verfassung verankert hat – nie wieder Krieg führen werde.

Wie pazifistisch Japan allerdings tatsächlich ist, darüber wird schon seit längerem gestritten. In Nagasaki, wo gerade erst des Atombombenabwurfs über die Stadt am 9. August 1945 gedacht wurde, auf den wenige Tage später Japans Kapitulation folgte, sind viele Experten von ihrer Regierung enttäuscht. „Japan ist das einzige Land, das kriegerisch von Atombomben getroffen wurde. Keine Regierung könnte mit dieser Erfahrung glaubwürdiger für Friedenspolitik eintreten als die japanische“, sagt Keiko Nakamura, Professorin am Research Center for Nuclear Weapons Abolition. „Aber sie setzt sich nur halbherzig bis gar nicht gegen nukleare Abrüstung ein.“

So sprach Abe in seiner Rede zum 70. Jahrestag der Atombombenexplosion über Hiroshima am 6. August zwar vom Streben nach einer Welt ohne Atomwaffen. Aber die drei nicht-nuklearen Grundsätze, nach denen Japan weder Atomwaffen besitzen noch produzieren und auch keine ausländischen Nuklearwaffen auf seinem Territorium dulden will, erwähnte Abe nicht. „Das politische Klima hat sich geändert“, sagt Nakamura. „Heute sagen Regierungspolitiker offen, dass Japan zumindest grundsätzlich in der Lage sein sollte, Atomwaffen zu produzieren. Früher wäre so etwas ein Skandal gewesen.“

Die Atomkraftwerke im Land produzieren jedenfalls so viel Plutonium, dass Japan binnen ein bis zwei Jahren Atomwaffen herstellen könnte, schätzt Robert Jacobs, Professor am Hiroshima Peace Institute. „Seit Shinzo Abe im Amt ist, wird allgemein kräftig aufgerüstet“, sagt Jacobs. „Je-



15. August 1945 auf der Pazifikinsel Guam: Japanische Kriegsgefangene der US Army nehmen mit gesenkten Köpfen die Nachricht von der bedingungslosen Kapitulation Japans auf, die Kaiser Hirohito soeben verkündet hat. FOTO: DPA

der Schritt der Regierung führt im Prinzip dahin, schließlich eine Atommacht zu werden.“ Der Bevölkerung, die Aufrüstung und Konfrontation skeptisch sieht, möge dies zwar nicht leicht zu vermitteln sein, allerdings sei die Entwicklung von Atomwaffen in diesem Zusammenhang wohl zumindest keine Alleingänge machen.

Aus wirtschaftspolitischer Sicht könnte eine Militarisierung sogar positive Auswirkungen haben, glauben einige Experten. Nobuo Tanaka, bis 2011 Chef der Internationalen Energieagentur in Paris und heute Präsident der Sasakawa Peace Foundation in Tokio, sieht darin auch eine Chance zur Integration: „Japan, China und Südkorea

auch, um Verbündeten zu helfen und das „Überleben der Nation“ zu sichern. Von vielen Seiten wurde dies als Zeichen eines wachsenden Nationalismus interpretiert. Da der Schritt allerdings im Einvernehmen mit den USA vorgenommen wurde, wird Japan in diesem Zusammenhang wohl zumindest keine Alleingänge machen.“

hängen alle in hohem Ausmaß von Energieimporten aus dem Mittleren Osten ab. Wenn diese drei Länder kooperierten, um die Handelsrouten gen Osten vor Piraterie und Instabilität zu sichern, wäre allen geholfen – und man würde erkennen, dass man gemeinsame Interessen hat.“ Allerdings, beobachtet Tanaka, herrsche auch 70 Jahre nach Kriegsende noch Misstrauen zwischen den Ländern. „Und das kommt leider auch häufig von japanischer Seite.“

hängen alle in hohem Ausmaß von Energieimporten aus dem Mittleren Osten ab. Wenn diese drei Länder kooperierten, um die Handelsrouten gen Osten vor Piraterie und Instabilität zu sichern, wäre allen geholfen – und man würde erkennen, dass man gemeinsame Interessen hat.“ Allerdings, beobachtet Tanaka, herrsche auch 70 Jahre nach Kriegsende noch Misstrauen zwischen den Ländern. „Und das kommt leider auch häufig von japanischer Seite.“

Um eine Multimedia-Reportage zum Zweiten Weltkrieg in Bremen zu sehen, scannen Sie das große Bild.

Millionenfacher Missbrauch

VON DIRK GODDER, SEOUL

Geschunden, misshandelt und erniedrigt – wenn Kim Bok Dong von ihrer verlorenen Jugend erzählt, bleibt sie auffällig sachlich. Doch in ihr brodelt es. „Wenn ich mich an diese Zeit erinnere, ist das schmerzlich wie der Tod.“ Die 88-Jährige ist eine von nur noch rund 50 lebenden Südkoreanerinnen, die als Opfer der Zwangsprostitution in japanischen Soldatenbordellen während des Zweiten Weltkriegs registriert sind. Es ist ein Thema, das die Beziehungen der beiden Staaten bis heute schwer belastet.

„Obschon Nachbarn, haben es beide Länder nicht geschafft, ihre Distanz zueinander in ihren Herzen wegen der Konflikte über die Vergangenheit zu schließen“, hat Südkoreas Präsidentin Park Geun Hye zum Tag der Unabhängigkeitsbewegung am 1. März erklärt. Dabei forderte sie insbesondere Genugtuung für die auch mit dem beschönigenden Wort „Trostrfrauen“ bezeichneten Opfer der Sexsklaverei.

Eine Stimme für die Opfer

Auf etwa 200.000 Frauen schätzen Historiker die Zahl der asiatischen Frauen, überwiegend Koreanerinnen, die ein ähnliches Schicksal wie Kim Bok Dong erlitten haben. Tokio betrachtet diese Angelegenheit seit dem Grundlagenvertrag mit Seoul im Jahr 1965 als abgeschlossen.

Seit Jahren versucht Kim Bok Dong daher, den Opfern eine Stimme zu geben, indem sie ihre eigene Geschichte erzählt. Ihre Irrfahrt begann, als sie 14 oder 15 Jahre alt war. Im Frühjahr 1940 sei sie zu einer der „Trostrstationen“ der japanischen Armee gebracht worden, erzählt Kim, die heute in Seoul lebt und dort von einer privaten Organisation betreut wird. Bis zur Rückkehr in ihre Heimat 1947 war sie im Gefolge einer Truppeneinheit von Guangdong im Süden Chinas nach Hongkong, Sumatra und Java, Malaysia und Singapur mitgeschleppt worden. Als sie nach Hause zurückkehrte, war sie 22 Jahre alt und gesundheitlich wie seelisch gezeichnet.

„Während der Kolonialzeit zwang Japan junge Männer in die Armee“, erzählt Kim. In ihrem Heimatdorf Yangsan im Südosten des Landes habe es daher kaum junge Männer gegeben. Die Japaner hätten dann auch unverheiratete Frauen rekrutiert – unter dem Vorwand, Fabrikarbeiterinnen für Japan zu suchen. „Obwohl die Menschen nicht gehen wollten, mussten sie gehen.“ Ihrer Familie sei damals mit wirtschaftlichen Nachteilen gedroht worden.

Von Befreiung nichts gewusst

Seit ihrer Ankunft in Guangdong habe sie dann den Soldaten zu Diensten sein müssen. Nicht in Japan, und auch in keiner Fabrik: „Es waren Kriegsschauplätze.“ Vor allem an den Wochenenden habe sie zusammen mit rund 30 anderen Frauen „arbeiten“ müssen. Anfangs dachte sie an Flucht. „Doch wo sollte ich hin? Ich wurde ausgepeitscht, und ich hatte keine andere Wahl.“ So habe sie mehrere Jahre gelebt, ohne Kontakt zu ihrer Familie. Plötzlich sei der Krieg zu Ende gewesen. „Doch wir wussten nichts von unserer Befreiung.“

Als sie schließlich von Singapur aus nach Korea zurückkehrte, erzählte sie ihre Geschichte nur ihrer Mutter, die ihr half, wieder die Beine zu kommen. „Mein Körper ist heute bedeckt mit Narben, ich brauche Medizin, um richtig essen und verdauen zu können.“ Geheiratet hat sie nie, sie ist auch kinderlos geblieben.

Jahrzehntelang hatte sie ihre Geschichte aus Angst und aus Scham verschwiegen – bis sie 61 war. Da hörte sie eines Tages im Fernsehen von einer Kampagne, durch die ehemalige „Trostrfrauen“ aufgerufen wurden, sich bei der Regierung zu melden. „Ich dachte, wenn ich mich nicht melde, würde Japan seine Fehler ignorieren.“ So kam sie in Kontakt mit einer Organisation, die ihr seitdem hilft. Trotz ihrer Gebrechlichkeit geht Kim mit anderen Mitgliedern der Gruppe noch regelmäßig zu den sogenannten MittwochsDemonstrationen vor der japanischen Botschaft in Seoul: „Japan muss sich entschuldigen, Entschädigung zahlen und den Ruf der Opfer wiederherstellen. Dafür kämpfe ich.“

Kritiker vermissen eindeutige Worte der Entschuldigung

VON FELIX LILL
UND LARS NICOLAYSEN

Der japanische Premier Shinzo Abe ist in ganz Ostasien als Nationalist verschrien. Schon häufig ist er als ein Politiker aufgefallen, der bei Fragen zu Japans Vergangenheit wenig Sensibilität für die Befindlichkeiten der Nachbarländer aufbringt. Abe ist zwar der erste japanische Ministerpräsident, der nach dem Zweiten Weltkrieg geboren wurde, doch als sein politisches Vorbild gilt sein Großvater Nobusuke Kishi. Dieser hatte einst im Kriegskabinett von Hideki Tojo gedient, der nach dem Zweiten Weltkrieg als Kriegsverbrecher hingerichtet worden war. Auch Abes Großvater Kishi war verdächtigt, aber nie angeklagt worden. In der Nachkriegszeit brachte er es bis zum Premierminister.

Seit Abes Amtsantritt vor zweieinhalb Jahren haben sich die Beziehungen zu China und Südkorea, die Japan einst kolonisiert hatte, eher verschlechtert. Aber ausgerechnet diesem Shinzo Abe war nun die Aufgabe zugefallen, sein Land 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs nicht nur historisch einzuordnen, sondern auch, wie er selbst über seine Rede vorab gesagt hatte, Japan auf dieser Basis für die Zukunft auszurichten.

Dabei fiel auf, dass der japanische Premier nicht nur die einst bekämpften Nachbarstaaten, sondern auch den nationalistischen Flügel seiner eigenen Liberaldemokratischen Partei bedienen wollte, der eine wichtige innenpolitische Stütze ist. Deshalb erwähnte Abe die japanischen Kriegsoffer noch vor den ausländischen, deshalb sprach er das Wort „Entschuldigung“ nur

in Referenz zu seinen Amtsvorgängern aus. Die Kritik kam prompt, und sie kam auch aus dem eigenen Land.

Mit seiner „gewundenen“ und stellenweise „widersprüchlichen“ Erklärung habe Abe letztlich klar zu erkennen gegeben, „dass er jemand ist, der nicht gewillt ist, eine aufrichtige Entschuldigung auszusprechen“, meinte etwa Koichi Nakano, Professor für Politikwissenschaften an der angesehenen Sophia Universität in Tokio.

Auch bei südkoreanischen Politikern stieß Abes Erklärung sofort auf Kritik. Abe habe es versäumt, sich direkt zu entschuldigen, wurde der Sprecher der regierenden Partei Saenuri von der nationalen Nachrichtenagentur Yonhap zitiert. Der Sprecher der oppositionellen Neuen Politischen Allianz für Demokratie warf Abe vor, sich um eine ehrliche Entschuldigung zu drücken.

In China, dessen Verhältnis zu Japan seit Langem von Spannungen geprägt ist, reagierte man besonders kritisch auf die Rede des japanischen Ministerpräsidenten. In einem Kommentar sprach die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua von einer „Gratwanderung mit sprachlichen Tricks“. Abes Erklärung falle hinter die Entschuldigung von Ministerpräsident Tomiichi Murayama im Jahr 1995 zurück, der seinerzeit „mutig und ehrlich“ Japans Kriegsvergangenheit angesprochen habe. Die Rede sei ein Versuch Abes gewesen, einerseits seine rechtsgerichtete politische Basis zu bedienen und andererseits weiteren Schaden von Japans Beziehungen zu seinen Nachbarn abzuwenden, schrieb die Staatsagentur. Die „verfälschte Entschuldigung“ werde allerdings wenig helfen, um Japans Vertrauensdefizit zu beseitigen.

Problematische Nachbarschaft

Die Vergangenheit lastet schwer auf den Beziehungen zwischen den wirtschaftlichen Schwergewichten Südkorea und Japan. Zwar haben sich seit 1995 japanische Premiers immer wieder öffentlich für die kriegerische Vergangenheit ihres Landes entschuldigt. Aus Sicht der meisten Koreaner mangelt es der japanischen Regierung jedoch noch immer an einer ehrlichen historischen Aufarbeitung der Kolonialherrschaft über die koreanische Halbinsel von 1910 bis 1945. Beide Länder verbindet allerdings auch ein umfassender Austausch in Wirtschaft, Handel, Politik und Kultur. Grundpfeiler sowohl der japanischen wie auch der südkoreanischen Sicherheitspolitik ist ihr Bündnis mit den USA. Washington ist schon mit Blick auf den Atomstreit mit Nordkorea an einem guten Verhältnis zwischen Tokio und Seoul interessiert.